

So nicht, Herr Lauterbach!

Nicht nur Heilberufe protestieren gegen das Finanzstabilisierungsgesetz

Gegen Karl Lauterbachs „Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinStG)“ hagelt es Kritik von allen Seiten. Dessen ungeachtet hat das Bundeskabinett den Referentenentwurf Ende Juli verabschiedet. Nach der parlamentarischen Sommerpause muss sich der Bundestag im September damit beschäftigen. Nicht nur die Zahnärzte hoffen, dass es in letzter Sekunde noch Änderungen gibt.

Harte Zeiten für Patienten und alle Heilberufe

Selten hat es ein Bundesgesundheitsminister geschafft, Krankenkassen, Körperschaften der ärztlichen Selbstverwaltung, Krankenhäuser, Apotheker, Pharmaindustrie, Sozialverbände und Gewerkschaften gleichermaßen gegen sich aufzubringen. „So nicht, Herr Lauterbach!“, heißt es unisono. Sollte der Minister dem Grundsatz „Viel Feind‘, viel Ehr‘“ folgen, hat er sein Ziel erreicht. Doch auf die gesetzlich versicherten Patienten und alle Heilberufe kommen harte Zeiten zu – auch und gerade auf die Zahnärzteschaft. So wird die Budgetierung nicht nur wiedereingeführt, sondern auch verschärft. Punktwert- und Budgeterhöhungen dürfen für 2023 nur um 0,75 Prozentpunkte unter der Grundlohnrate vereinbart werden, 2024 sogar nur 1,5 Prozentpunkte unter der Grundlohnrate – trotz aktuell immenser Kostensteigerungen!

Dr. Wolfgang Eßer, Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), fand klare Worte für diesen Frontalangriff auf den Berufsstand: „Hier geht es um Honorarkürzungen. Die Zahnärzte-



Foto: mad_production - stock.adobe.com

Harte Zeiten für Patienten: Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz kann auch für sie schmerzhaft Folgen haben.

schaft soll jetzt für den Minister als Melkekuh erhalten“, sagte er bei der Vertreterversammlung der KZBV.

Beleg für Unwissenheit

Auch die KZV Bayerns warnt in einer Pressemitteilung vor den Folgen des GKV-FinStG: „Wir hatten alle gehofft, dass das Damoklesschwert Budgetierung dauerhaft verschwindet. Jetzt soll es, während die Pandemie noch andauert, in einer noch bedrohlicheren Form zurückkehren. Wenn Herrn Lauterbach und seinem Ministerium nichts Besseres einfällt, um die Defizite in der GKV zu reduzieren, ist das wahrlich ein Offenbarungseid und ein Beleg für Unwissenheit. Die Zahnärzte sind nämlich

definitiv nicht der Kostentreiber im deutschen Gesundheitssystem. Unser Anteil an den GKV-Gesamtausgaben ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich von rund elf auf aktuell 6,25 Prozent zurückgegangen“, so Christian Berger, Vorsitzender des Vorstands der KZVB.

Dr. Rüdiger Schott, stv. Vorsitzender der KZVB und Zahnarzt im oberfränkischen Sparneck, befürchtet schwerwiegende Folgen für die flächendeckende Versorgung: „Landpraxen haben traditionell einen höheren Anteil an GKV-Leistungen als Praxen in den städtischen Ballungsräumen, wo mehr privat Versicherte leben. Wenn die Vergütung der GKV-Leistungen nicht mehr vollumfänglich garantiert ist,

wird der ländliche Raum noch unattraktiver für die jungen Kolleginnen und Kollegen. Viele Alterspraxen werden keinen Nachfolger finden. Die Niederlassungsbereitschaft sinkt noch weiter, der Konzentrationsprozess wird weiter voranschreiten. Die Folge wären weite Wege für viele Patienten zur nächsten Zahnarztpraxis.“

Politik hat ungedeckte Schecks ausgestellt

Dr. Manfred Kinner, Mitglied des Vorstands der KZVB, ergänzt: „Es ist der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung gelungen, dass in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Leistungen auf höchstem wissenschaftlichen Niveau in den GKV-Leistungskatalog aufgenommen wurden. Die Richtlinie zur Behandlung von Parodontitis und die Unterkieferprotrusionsschiene verbessern die Patientenversorgung enorm in der Breite. Wenn jetzt die Ausgaben in den wichtigsten Leistungsbereichen wieder gedeckelt werden, hätten wir uns das sparen können. Die Politik hat offensichtlich ungedeckte Schecks ausgestellt. Wer mehr Leistungen verspricht, muss sie auch vollumfänglich finanzieren. Die Wiedereinführung der Budgetierung soll auf Seiten der Krankenkassen im ersten Jahr 120 Millionen Euro einsparen. Das entspricht ziemlich genau einem Jahreshaushalt der gematik. Herr Lauterbach sollte bei der Telematik-Infrastruktur nach den fehlenden Milliarden suchen. In dieses Projekt sind seit seiner Gründung fast 20 Milliarden Euro geflossen – bis dato ohne erkennbaren Nutzen.“

Hoffnung auf Bundestag

Der GKV-Spitzenverband hofft, dass der Bundestag die Reißleine beim GKV-FinStG zieht. „Mit mehr als elf Milliarden Euro sollen nach wie vor die Beitragszahler den Löwenanteil des für 2023 erwarteten Finanzlochs von 17 Milliarden Euro tragen. Es ist nicht fair, das Geld der Beitragszahler für die verfehlte Politik der Vorgängerregierung heranzuziehen, die das Geld mit vollen Händen verteilt und der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) Steuerungs- und Kontrollrechte genommen hat. Wir fordern die Bundesregierung

GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG)

Sehr geehrter Herr Minister Lauterbach,

wir Zahnärztinnen und Zahnärzte sichern die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung, präventionsorientiert, qualitativ hochwertig und flächendeckend. Ihren Gesetzentwurf zur Stabilisierung der GKV-Financen halten wir unter diesen Aspekten für völlig unverantwortlich. Sie gefährden damit die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung.

Die Präventionsorientierung, die gerade erst einvernehmlich auch mit dem Bundesgesundheitsministerium durch die Einführung der neuen PAR-Richtlinie eindrucksvoll belegt wurde, gerät zur Farce, wenn Sie jetzt mit diesem Gesetzentwurf nachträglich die dazu erforderlichen Mittel streichen. Budgetiert sind diese Leistungen nicht zu erbringen. Die Konsequenzen für die Mundgesundheit unserer Patienten tragen Sie!

Die Qualität der Versorgung in unseren Praxen wird in entscheidendem Maße mitgetragen durch gut ausgebildetes und qualifiziertes Personal. Genau daran mangelt es schon jetzt. Behandlungszeiten müssen teilweise bereits gekürzt werden. Zusätzliche erforderliche finanzielle Mittel für eine attraktive Vergütung unserer Mitarbeiter sind dringend erforderlich. Die Personalkosten stellen mit Abstand den größten Faktor bei den Kosten in unseren Praxen dar. Statt uns die Möglichkeit zu geben, die erforderlichen Einnahmen zu erarbeiten, wollen Sie ohne erkennbare Begründung unsere Honorierung wieder streng budgetieren und erheblich beschneiden.

Bedroht wird die Qualität der Versorgung zudem durch die derzeitigen immensen inflationsbedingten Preissteigerungen für Materialien und Dienstleistungen in den Praxen. Andere Branchen bekommen dafür steuerfinanzierte Ausgleichszahlungen, wir bekommen Kürzungen der Honorare! Wie wollen Sie das begründen?

Der Erhalt der flächendeckenden zahnärztlichen Versorgung ist aufgrund der demographischen Entwicklung eine gewaltige Herausforderung. Sie kann nur gelingen, wenn wir junge Menschen für die selbstständige Tätigkeit als Zahnärztin und Zahnarzt begeistern können. Durch die von Ihnen geplante Wiedereinführung und Verschärfung der Budgetierung untergraben Sie diese Anstrengungen und den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag.

Wir fordern Sie unter diesen Aspekten dringend auf, Ihre Verantwortung als Bundesgesundheitsminister genauso ernst zu nehmen, wie wir als Zahnärztinnen und Zahnärzte die Verantwortung für die Versorgung unserer Patienten. Streichen Sie die Budgetierung umgehend aus Ihrem Gesetzentwurf!

„Durch die von Ihnen geplante Wiedereinführung und Verschärfung der Budgetierung untergraben Sie den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag“ – das teilten rund 4.500 bayerische Zahnärzte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in einem offenen Brief mit.

auf, ihrer Verantwortung für eine faire und nachhaltige Finanzierung der GKV nachzukommen und ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Dazu gehört eine auskömmliche Finanzierung der Gesundheitsversorgung von ALG-II-Empfängern, ein dauerhaft dynamisierter Bundeszuschuss und die noch im Entwurf des Koalitionsvertrages enthaltene Senkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel von 19 auf 7 Prozent. Das ist bereits in weiten Teilen Europas Standard.“

Auch der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) fordert eine Erhöhung der Beiträge des Bundes für Bezieher von ALG II und eine Überprüfung versicherungsfremder Leistungen, um das Defizit in der GKV zu schließen. Leistungskürzungen dürfe es dagegen nicht geben.

Wie groß die Empörung im zahnärztlichen Berufsstand angesichts der Wiederein-

führung der Budgetierung ist, zeigt eine Aktion der KZVB: Sie hatte ihre Mitglieder gebeten, einen offenen Brief an Karl Lauterbach zu unterzeichnen. Fast 4.500 Zahnärzte folgten dem Aufruf bislang.

Eine weitere Möglichkeit, seinen Unmut zu äußern, bietet die bundesweite Petition „Rettet die zahnärztliche Grundversorgung“. Über 1000 Bürger haben die von einem Zahnarzt aus Baden-Württemberg initiierte Petition in den ersten beiden Tagen bereits unterzeichnet.

Leo Hofmeier

Link zur Petition „Rettet die zahnärztliche Grundversorgung“



openpetition.de/petition/online/rettet-die-zahnärztliche-grundversorgung-keine-honorarkuerzung-fuer-zahnaerzte